

Haushaltsrede CDU Fraktion Steinbach-Hallenberg

Stadtratssitzung 26.01.2026

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Stadtrates, sehr geehrte Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, werte Gäste,

Der Haushalt, der heute zur Beschlussfassung vorliegt, ist mehr als nur eine finanzielle Planung. Mehr als nur eine – sich über 430 Seiten fortsetzende – Zahlentabelle. Er spiegelt die Werte und Prioritäten wider, die wir als Kommune setzen. Er ist der Fahrplan für die nächsten Monate und Jahre – ein Plan, der über die konkrete Zahl der Ausgaben und Einnahmen hinausgeht. Es geht um Entwicklung dieser Stadt in der Zukunft, um die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger und um die Frage, wie die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft gemeistert werden.

Dabei ist und bleibt es ein schmaler Grat, entschlossen die Herausforderungen im Hinblick auf das durch die Gebietsreform geforderte Zusammenwachsen der Ortsteile anzugehen oder nur punktuell zu agieren.

Unsere Kritikpunkte: Unzureichende Mitsprache und Fehlende Visionen

Dennoch muss ich an dieser Stelle auch deutlich sagen: Der Haushalt lässt in vielen Bereichen zu wünschen übrig. Es gibt gravierende Lücken, die wir nicht unbeachtet lassen können.

Aufstellung

Dies beginnt bereits bei der Aufstellung. Im Zuge der Haushaltsdebatten allerorten ist der Grundsatz „Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments“ nicht zu überhören. In Steinbach-Hallenberg schon. Leider. Das zeigt ein zeitlicher Ablauf des Zustandekommens. Die ersten Punkte im der SRS am 27.11.2025. Die ersten Zahlen folgten mit der Einladung vom 08.12. zur gemeinsamen Ausschusssitzung am 17.12. Vorbereitungszeit bis dahin exakt 6 Werkstage. Für 430 Seiten bei einem Volumen von knapp 28 Mio €.

Der finale Entwurf nebst Stellenplan folgt mit der Ladung zur heutigen SRS per Mail am 13.01. Von da bis heute 5 Werkstage.

Einbindung des Stadtrates in geplante Investitionen, Mitsprachemöglichkeit – nicht erkennbar. Ein Beispiel: der Umsetzungs- und Finanzierungsbeschluss für Investitionen und damit die wesentliche Entscheidungen für die Entwicklung der Stadt wurde erstmals mit der Einladung zu dieser Sitzung versendet. Besprochen und abgestimmt wurden diese Maßnahmen mit dem Stadtrat nicht.

Daß die Zeitschiene irgendwelchen Umständen wo auch immer Rechnung trägt, tut dabei nichts zur Sache. Weder ändert dies etwas an den durch die Kommunalordnung vorgeschriebenen Zuständigkeiten und Rechten und Zweitens rechtfertigt eine solche Situation keinen Verstoß gegen die gesetzlichen Rechte auf Mitsprache und Mitgestaltung. Benachbarte Kommunen sind da um Welten weiter. Dort funktioniert die Einbindung des Stadtrates. In Steinbach-Hallenberg ist davon wenig erkennbar.

Diese Vorgehensweise ist dringend zu ändern und wir fordern auch alle weiteren Stadträte dazu auf, diesen Ablauf kritisch zu hinterfragen. Der Stadtrat ist nicht zum Abnicken von Vorgaben und Wünschen der Verwaltung da. Und ein kommunaler Haushalt darf nicht zum Selbstbedienungsladen mutieren.

Finanzierung

Eine Zahl ist in Zusammenhang mit dem Haushalt unbedingt zu nennen. 2,4 Mio €. 2,4 Mio € aus dem Kommunalen Investitionsprogramm 2026-2029 des Freistaates Thüringen. Und diese 2,4 Mio € ermöglichen es erst, daß der heute vorliegende Haushalt überhaupt so aussieht wie er ist. Ohne diesem Betrag aus dem Förderprogramm, daß die wohlgerne CDU geführte Landesregierung den Kommunen zur Verfügung stellt, sähe es im Zahlenwerk duster aus. Um nicht zu sagen zappenduster. Man kann dazu sagen Zufall, man kann auch sagen, Glück. Das ist keine Nachhaltigkeit der Haushaltsführung. Zu einzelnen Positionen:

Personalaufwendungen

Ein wesentlicher Haushaltsposten sind wie in jedem Jahr Personalaufwendungen. Und auch dieser Posten wird in 2026 weiter steigen. Der Stellenplan beinhaltet Stellenreduzierungen. Hierbei darf nicht vergessen werden, dass diese Reduzierung wie im Vorjahr ausschließlich aus den Veränderungen in den Kindertagesstätten herrührt. Dies allein stellt nach unserer Auffassung keine positive Entwicklung dar.

Die von der CDU-Fraktion bereits in der Vergangenheit eingeforderten und auch das nach dem Eingliederungsvertrag vorgegebene Ziel von Synergieeffekten im Bereich der Kernverwaltung sind nach wie vor nicht ersichtlich. Es gilt daher, auch hier neue Wege einzuschlagen. Hier gilt es, die anstehende Überprüfung der Organisationsstruktur zu forcieren um die Personalstruktur zu überprüfen und die Effizienz zu verbessern.

Aufwendungen kommunaler Gebäudebestand

Ein weiterer wesentlicher Faktor im Verwaltungshaushalt sind die Kosten für den kommunalen Gebäudebestand. Hier ist wie auch im vergangenen Jahr festzuhalten, dass es seit der Fusion immer noch keinen Überblick gibt, wie viele Gebäude im Eigentum der Stadt Steinbach-Hallenberg stehen. Nicht zuletzt aufgrund der Entwicklung kommunaler Einrichtung dürfte

bereits jetzt klar sein, dass der Bestand in seiner Gesamtheit mittel- und langfristig nicht aufrecht zu erhalten sein wird. Hier fordern wir für die Zukunft weiterhin ein Kataster als Fahrplan für zukünftig anstehende Investitionsmaßnahmen. Nur so kann der Betrieb der erforderlichen Gebäudestruktur gesichert und zudem unliebsame „Überraschungen“ – in der Regel plötzlich und unerwartet – zukünftiger Haushalte vermieden werden.

Flächennutzungsplan

Bereits in der vergangenen Legislatur, aber auch in dieser wurde mehrmals offensichtlich, daß für eine geordnete bauliche Entwicklung der Stadt Steinbach-Hallenberg die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes unerlässlich ist. Das zeigt nicht nur die Problematik in der „Flur 6“.

Zwar sind im Haushaltsplan wiederum Gelder für den Flächennutzungsplan eingestellt. Egal, ob nun vorher im Vermögens- und nunmehr im Verwaltungshaushalt. Allein es fehlt die Umsetzung. Hier ist die gebotene Priorisierung bei der Umsetzung zu vermissen. Jedoch ist ein gültiger Flächennutzungsplan für eine weitere Entwicklung der Stadt Steinbach-Hallenberg unabdingbar.

Hierbei ist den Bedürfnissen aller möglicher Nutzungsarten Rechnung zu tragen. Nur so können der bestehenden bauliche Struktur in der gesamten Stadt Möglichkeiten zur Erweiterung und Modernisierung geben. Die beste bauliche Idee lässt sich nicht verwirklichen, wenn die Basis in Form eines Flächennutzungsplanes nicht gegeben ist.

Kommunale Infrastruktur

Erhebliche Sorgen bereitet uns der Zustand der kommunalen Infrastruktur. Manche Straßen, dabei auch Haupterschließungsstraßen, sind teils vor Jahrzehnten, manche noch gar nicht grundhaft instand gesetzt worden. Augenscheinlich wird das besonders in den 3 großen Straßen in der Kernstadt. Diese werden seit Jahren von einem auf das nächste verschoben. Wahrscheinlich wird sich dieser Zustand bis zum Stadtjubiläum in 2 Jahren nicht grundlegend ändern. Leider.

Dies findet seine Fortsetzung in zahlreichen Nebenstraßen, egal wo im Stadtgebiet. Hierbei kommt erschwerend hinzu, daß manche dieser Straßen mit damals noch zu leistenden Anliegerbeiträgen gebaut wurden. Auch diese Straßen gehen immer weiter kaputt, die dauerhafte Instandhaltung hinkt hinterher. Dies schafft – nachvollziehbar – Unmut bei Anliegern und Bürgern. Und ja, auch Verdrossenheit im Hinblick auf Politik. Diese entsteht nicht ausschließlich durch Entscheidungen auf Bundes- oder Landesebene.

mittel- und langfristige Perspektive

Zwar soll das Ergebnis des Jahres 2025 gegenüber dem Plan deutlich besser ausfallen. Und auch für das laufende Jahr ist aufgrund konservativer Wertansätze hoffentlich ein besseres Ergebnis

möglich, als prognostiziert. Allein, ein Blick auf das Weltgeschehen zeigt, wie unsicher solche Hoffnungen sein können.

Vor diesem Hintergrund steht die CDU-Fraktion der Entwicklung der finanziellen Situation der Stadt Steinbach-Hallenberg und insbesondere der Rücklage weiterhin kritisch gegenüber.

Ebenso setzt sich alles in allem leider der Trend fort, dass die Schulden gegenüber den Erträgen weiterhin überproportional steigen. Die pro Kopf Verschuldung der Einwohner steigt ohne den Bereich Abwasser allein in diesem Jahr von 312 auf 359 €. Eine beinahe Verdopplung der Schulden, ca. 2,5 Mill im Jahr 2024 zu 4,6 Mill im Jahr 2029, ein Abschmelzen der Rücklage auf die Mindestrücklage in den Jahren 2027, 2028 und 2029 sowie weiterhin gleichbleibend hohe Kosten im Verwaltungshaushalt lassen grundlegende Zweifel an der politischen Haushaltsführung auftreten.

Ausdrücklich soll hierbei die vorgabengebundene buchhalterische Arbeit der Kämmerei von dieser Kritik ausgenommen sein.

Daher stellt sich die Frage nach der mittel- und langfristigen Perspektive. Der vorliegende Haushalt ist von vielen Einzelprojekten geprägt, aber es fehlt eine klare, langfristige Vision für die Entwicklung unserer Kommune. Wo wollen wir als Stadt in zehn Jahren stehen? Welche Weichen stellen wir für die kommende Generation? Wir müssen mehr in die Zukunft investieren, in kommunale Infrastruktur, in den sozialen Zusammenhalt.

Unsere Forderungen: Konkrete Vorschläge zur Verbesserung

Um diese Lücken zu schließen, haben wir konkrete Vorschläge, die wir in den kommenden Beratungen einbringen möchten:

1. Erhöhung der Mittel für kommunale Infrastruktur: Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Reparatur und Instandhaltung von Haupt- und Nebenstraßen. Diese Investitionen sind keine „Kann“-Maßnahmen, sondern „Muss“-Maßnahmen.

2. Weitere Suche nach Einsparpotentialen: Die Anstrengungen zur Steigerung der Effizienz der Verwaltung müssen weiterforciert werden. Daneben sind Einsparmöglichkeiten im kommunalen Gebäudebestand weiter zu betreiben. Nicht benötigte Objekte sind bestmöglich zu verwerten. Benötigte Objekte hinsichtlich des Energiebedarfs im Rahmen der Möglichkeiten zu optimieren.

3. Langfristige, nachhaltige Stadtentwicklung: Wir fordern die Verwaltung auf, gemeinsam mit dem Stadtrat einen Plan für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu erarbeiten, der nicht nur kurzfristige Maßnahmen beinhaltet, sondern auch eine langfristige Vision für die Jahre 2030 und darüber hinaus aufzeigt.

Fazit

Aus all diesen Gründen können wir diesen Haushalt in seiner vorliegenden Form nicht unterstützen. Wir haben einen Haushalt vor uns, der nicht die Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit bietet. Es ist ein Haushalt, der den Status quo zementiert, statt die Weichen für eine zukunftsfähige Kommune mit all ihren Ortsteilen zu stellen.

Wir fordern daher die Verwaltung und die Mehrheit im Rat auf, ihre Prioritäten zu überdenken und einen Haushalt vorzulegen, der die Herausforderungen unserer Zeit ernst nimmt.

Wir sind bereit, dabei mitzuarbeiten, aber wir können und werden diesem Haushalt nicht zustimmen. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt verdienen eine Politik, die ihnen die Zukunftsperspektiven gibt, die sie verdienen. Dieser Haushalt ist das Gegenteil davon.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich Danke für Ihre Aufmerksamkeit.